

SCHWEIZERISCHE DELEGATION
BEI DER EFTA UND DEM GATT

Genf, den 22. November 1978

EFTA 768.4.1 - GY/lt

A k t e n n o t i z

Kurzbericht über die Sitzung
der hohen Beamten über die
Beziehungen zwischen den EFTA-
Ländern und der EG vom 22. No-
vember 1978

Die laufende GATT-Verhandlungsrunde

Die MTN befinden sich gegenwärtig in einer entscheidenden Phase. Schweizerischerseits schlug man deshalb vor, dass die EFTA-Länder im Pressekommuniqué über die Ministerkonferenz dazu Stellung beziehen. Es wurde dargelegt, dass man in der gegenwärtigen Verhandlungssituation vor zwei Alternativen stehe: Entweder werde beschlossen, die Verhandlungen nur reduziert weiterzuführen, bis der amerikanische Kongress den "Waiver on countervailing duties" verlängert hat, oder man bemüht sich, vor Ende des Jahres zu ersten, ausgewogenen und substantiellen Ergebnissen in den MTN zu kommen, was den amerikanischen Behörden erleichtern würde, auf eine Verlängerung des "Waiver" hinzuwirken. Auf schweizerischen Vorschlag einigten sich die EFTA-Länder darauf, im Pressekommuniqué eine klare Aussage zugunsten der zweiten Alternative zu machen.

I. Aufrechterhaltung und Förderung des Freihandels in Europa

A. Das Funktionieren der Freihandelsabkommen

Alle EFTA-Länder erklärten sich weitgehend befriedigt über das Funktionieren der Freihandelsabkommen. Währenddem die nordischen

Länder darlegten, dass zwar keine substantielle Ausweitung des Handels möglich war, jedoch der Marktanteil von anfangs der siebziger Jahre etwa gesichert werden konnte, unterstrich man schweizerischer- und österreichischerseits, dass nach Abschluss der Freihandelsabkommen der Handel mit dem EG-Raum stärker zugenommen habe als der Warenaustausch mit den EFTA-Ländern, was wohl darauf zurückzuführen sei, dass Handelsverlagerungen, die nach Schaffung der EG eingetreten sind, abgebaut werden konnten.

Verschiedene Sprecher wiesen darauf hin, dass die EG-Kommission gegenwärtig einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den EFTA-Ländern grundsätzlich positiv gegenüberstehe, wobei allerdings die institutionellen Probleme nicht unterschätzt werden dürften. Unter Hinweis auf die Erklärung der Kommission an den Rat über die Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und der EG wurde unterstrichen, man sollte diese günstige Situation ausnützen und versuchen, Fortschritte auch in andern Bereichen (Integrationsmassnahmen der zweiten Generation) zu erzielen.

Trotz der grundsätzlich positiven Einschätzung des Funktionierens der Freihandelsabkommen bestehen gewisse Probleme. Erwähnt wurden u.a. der Stahlbereich sowie Schwierigkeiten auf dem Papiersektor. Die Portugiesen wiesen auf von ihnen verlangte Selbstbeschränkungsabkommen im Textilbereich hin, und verschiedentlich regte man eine Vereinfachung der Ursprungsregeln an. Schweizerischerseits brachte man das Problem von "Free access to supply" zur Sprache. Allgemein unterstrichen die verschiedenen Sprecher, dass die EFTA-Länder aufgrund ihrer Freihandelsabkommen spezielle Beziehungen zur EG unterhalten und deshalb besser behandelt werden sollten als die übrigen Drittstaaten.

B. Integrationsmassnahmen der zweiten Generation

Unter diesem Traktandenpunkt, der von der Schweiz eingeführt wurde, präsentierten die verschiedenen EFTA-Länder ihre nicht

- 3 -

durch die FHA gedeckten Beziehungen mit den europäischen Gemeinschaften. Erwähnt sei u.a. COST, EURONET, Umweltschutz, Regionalpolitik, Informationsaustausch im Bereich der Wirtschaftspolitik, Transportpolitik, Zusammenarbeit zwischen Firmen, Abbau von nichttarifarisches Handelsschranken, Markenrecht sowie die laufenden Verhandlungen, z.B. über den grenzüberschreitenden Omnibusverkehr und die Versicherungen. Schweden betonte sein Interesse an der Industriepolitik der Gemeinschaft. Es hätte gegenüber Brüssel zu verstehen gegeben, dass Schweden, als Freihandelspartner, in einer besonderen Beziehung zur EG stände, und deshalb hoffe, dass das schwedische Industriepotential bei der Formulierung der Industriepolitik der Gemeinschaft mitberücksichtigt werde. Auch Norwegen und Finnland sprachen sich in einem ähnlichen Sinne aus.

Währenddem Schweden und Finnland die Meinung vertraten, dass gegenwärtig die Zusammenarbeit unter den EFTA-Ländern in dieser Sache gut funktioniere, und man bestenfalls eine Intensivierung des Informationsaustausches anstreben könnte, schlug man schweizerischerseits vor, die Zusammenarbeit unter den EFTA-Ländern - wie am Wiener Gipfeltreffen beschlossen wurde - zu intensivieren. So könnte z.B. die EFTA vermehrt als "Clearing-house" verwendet werden, man könnte von Zeit zu Zeit Treffen der Delegationschefs mit Beamten aus den Hauptstädten zur Diskussion der Integrationsmassnahmen der zweiten Generation durchführen; ferner schlug man vor, zu prüfen, ob das "INST-Procedure" nicht auf die EG ausgedehnt werden könnte und ob eine Verstärkung der Zusammenarbeit der EFTA im SEN, SENELEC und ISO nicht wünschenswert wäre.

C. Auswirkungen der Erweiterung der EG auf die EFTA-Länder

Alle Sprecher waren sich über die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Beitritts von Griechenland, Portugal und Spanien zur EG einig. Aus Sicht der EFTA-Länder sollte sichergestellt werden, dass diese neuen Mitglieder alle Rechte und Pflichten

- 4 -

von EG-Mitgliedern übernehmen müssen. Bezüglich allfälliger Uebergangsabkommen gelte der Grundsatz der Nicht-Diskriminierung. Sobald ein Beitrittsabkommen Geltung erlange, sollte die Diskriminierung für die EFTA-Länder beseitigt werden. Griechenland habe in diesem Zusammenhang die Bedeutung eines Präzedenzfalls. Der österreichische Sprecher ging besonders auf das durch die Erweiterung der Gemeinschaft entstehende Nord-Süd-Problem ein. Die Gemeinschaft dürfte sich nach der Erweiterung in vermehrtem Masse auf einen gewissen Ausgleich der wirtschaftlichen Entwicklung der EG-Staaten konzentrieren. Aus EFTA-Sicht gelte es, darauf hinzuwirken, dass die Freihandelsbeziehungen mit den EFTA-Ländern gebührend beachtet werden und nicht protektionistische Massnahmen ergriffen werden. In diesem Zusammenhang unterstrich besonders Finnland, dass bereits heute gewisse Disparitäten in bezug auf Angebot und Nachfrage im EG-Raum bestehen, und mit der Erweiterung zu erwarten sei, dass dieses Problem an Bedeutung zunehmen werde. Vermutlich werde die EG in vermehrtem Masse die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinschaft planen. Dabei sollte sichergestellt werden, dass auch das wirtschaftliche Potential der EFTA-Länder mitberücksichtigt werde.

II. Andere Fragen

A. Europäisches Währungssystem

Dieser Traktandenpunkt wurde in einem "Restricted Meeting" besprochen.

B. Andere Probleme

Die österreichische Delegation kam auf gewisse Probleme im Bereich der Landwirtschaft und des Transitverkehrs zu sprechen.

Schlussbemerkungen

Die meisten Delegationen waren der Auffassung, dass dieses "High Officials Meeting" Gelegenheit für einen nützlichen Informations-

- 5 -

austausch über die Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und der EG geboten habe. Es fiel jedoch auf, dass man sich weitgehend auf diesen Informationsaustausch beschränkte und nur ausnahmsweise eine effektive Diskussion über die verschiedenen Probleme und das geeignetste Vorgehen der EFTA-Länder stattfand. Der politische Aspekt der Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und der EG wurde praktisch nie erwähnt. Dies dürfte weitgehend darauf zurückzuführen sein, dass man sich bemühte, einen umfassenden "Tour d'horizon" über den Stand der gegenwärtigen Beziehungen zu machen. Will man gewisse Aspekte vertiefen, so dürfte man kaum umhinkommen, entweder gezielt Expertengruppen einzusetzen oder den Teilnehmerkreis zu limitieren, um auf hoher Beamtenstufe eine offene Diskussion über die anstehenden Probleme zu ermöglichen. Die Teilnehmer einigten sich zwar grundsätzlich darauf, dass weitere Treffen über die Beziehungen zwischen den EFTA-Ländern und der EG durchgeführt werden sollten, doch wird zu einem späteren Zeitpunkt über das Wann und Wie entschieden werden.

Walter B. Gyger